

ChristTEXT

DIE STORY IN SZENE GESETZT

Thema 2 / Aufgabe 1

Von freiem Handel und fairer Demokratie

Mit einem der aktuell umstrittensten Themen der EU-Politik, dem des Freihandelsabkommens „TTIP“, befasst sich Michel Reimon von der Online-Plattform „derStandard.at“. In seinem Artikel vom 27. März 2014 unter dem Titel „Handelsabkommen: Frei ist nicht fair“ differenziert der Autor oft vermengte Begriffe um diese Debatte. Er beschreibt die Gründe seiner Einwände und definiert Ansätze für eine sinnvollere Rolle Europas im Welthandel.

Das „I“ im Kürzel „TTIP“, dieses steht für den Investitionsschutz für Konzerne im Zuge dieses geplanten Freihandelsabkommens, ist für Reimon ein wesentlicher Missstand. Die zuständigen Instanzen für Investitionsstreitigkeiten „ICSID“ und die

Schiedsgerichte seien nicht darauf ausgerichtet, unsere rechtsstaatlichen Standards zu schützen. Hier stünden sich bei geheim geführten Verfahren Anwälte aus großen Wirtschaftskanzleien gegenüber, wo bei Streitwerten in Milliardenhöhe stets das eigene Interesse oberste Priorität einnehme. Staaten würden sich dadurch bereits jetzt einer Übermacht von Konzernen gegenübersehen, die für Demokratie und Rechtsstaat bedenklich sei. Dazu nennt Reimon Fallbeispiele wie die Klage eines Kraftwerksbetreibers gegen die Regierung Deutschlands im Zuge des Atomausstiegs der Bundesrepublik nach dem Unglück von Fukushima.

Reimon attestiert der österreichischen Regierungsspitze in der Behandlung dieser Angelegenheit eher unglückliches Verhalten. Bundeskanzler Faymann habe sich im Parlament noch zu wortkarg gegeben, ehe er erst im Krone-Interview klar Stellung gegen besagte Schiedsgerichte bezogen habe.

Unterdessen arbeite man bei den Geheimverhandlungen zum Abkommen weiter an einer massiven Aushebelung der Demokratie.

Das von Europa und den USA angedachte Regulierungsinstitut „RCC“ als gemeinsame oberste Instanz bei der Entwicklung neuer Standards für Produkte und Dienstleistungen sei der Versuch einer Privatisierung der Gesetzgebung. Über das Ausmaß der Einflussnahme in dieses Institut sei derzeit nichts bekannt. Als eine der Hauptsorgen nennt Reimon, dass etwa die Aufrechterhaltung der europäischen Chemikalienverordnung „REACH“ nicht gesichert sei. Ein Wegfall dieser Verordnung kehre die Beweislast zu Ungunsten von Konsumenten- und Umweltschutz um.

Reimon ermutigt Europa zu Lenkungsmaßnahmen im Welthandel, fordert etwa Strafzölle für Kinderarbeit und Anreizsysteme für faire Handelsbedingungen. Europa sei der größte Markt der Welt und solle daher seinen Einfluss nutzen um international Sozialpolitik zu betreiben.

Tauziehen über dem „großen Teich“ — kommt der Handschlag?

Ein großes Freihandelsabkommen namens „TTIP“ soll zwei großen, jedoch an Bedeutung verlierenden Welthandelsmächten neuen Schwung geben. Gemeinsam mit den USA kann Europa dadurch Teil der weltgrößten Freihandelszone werden. Es gilt, zusammen den Anteil von nur noch knapp einem Drittel der weltweiten Investitionsströme aufzubessern. Die Lobbyisten verrichten ihre Arbeit vorwiegend im Geheimen, wohl nicht zuletzt deshalb regt sich bis dato großer Widerstand. Michel Reimon schildert in seinem Artikel „Handelsabkommen: Frei ist nicht fair“, erschienen am 27. März 2014 auf „derStandard.at“, wie man damit in Europa mitunter stolz errungene Lebensmittelstandards aufs Spiel setzt und in Streitfällen die Macht des Staates an Konzerne abtritt. Dazu drängen die USA Europa in ihren Forderungen, die Lukas Sustala in einem weiteren „Online-Standard“-Artikel vom 5. April 2014 zusammenfasst. Unter dem Titel „Freihandel gegen den Bedeutungsschwund“ ergründet er die Kernpunkte des gemeinsamen Interesses von Europa und den USA, das Abkommen unter Dach und Fach zu bringen.

Es gibt demnach von jeder Verhandlungsseite drei wesentliche Streitpunkte, die man zu jeweiligen Gunsten gestaltet haben möchte. So herrscht etwa in den USA derzeit ein Boom bei Schieferöl und Erdgas. Jede erdenkliche Quelle wird angebohrt, der Markt quittiert das mit günstigen Energiepreisen. Davon wolle Europa profitieren, hierzulande zahle man für Energie aktuell fast zwei Drittel mehr.

Sustala nennt als weiteren Vorteil, den sich die EU daraus verschaffen kann, die öffentliche Auftragslage. Derzeit versorgt man sich zwischen Kalifornien und Florida nämlich selbst, wenn es darum geht, die Infrastruktur zu erhalten oder militärisch gerüstet zu sein. Sogar am Rohstoffmarkt bedienen sich die Amerikaner in Zeiten von „Buy American“ vorzugsweise selbst. Ein Wegfall dieser Klauseln öffne europäischen

Unternehmen einen Milliardenmarkt, prognostiziert Sustala, der noch ein drittes europäisches Kerninteresse ausmacht:

Finanzdienstleistungen. Der Zugang eigener Banken und Finanzdienstleister zum amerikanischen Markt könne mit dem Freihandelsabkommen erleichtert werden. Hier ist anzumerken, dass die Amerikaner ihrerseits Einwände haben. In Übersee sieht man sich auf dem Finanzsektor selbst deutlich besser aufgestellt, man beobachtet Europa beim Umgang mit seinen Krisenländern genau und findet wenig Gefallen an Schlagworten wie „Rettungsschirm“.

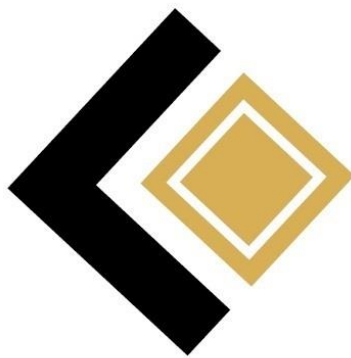
Zumindest vonseiten der US-Lobby besteht insgesamt dennoch großes Interesse, das Abkommen durchzubringen, sind doch die eigenen Ansprüche nicht bescheiden. Diese spiegeln sich in den Forderungen der USA, die Sustala ebenfalls darstellt. Eine davon ist bereits gelebter Alltag, auch in Europa: Internet und Daten. „Google“ & Co. sammeln bereits jetzt jedes erdenkliche Datenmaterial, welches sich in jeder Hinsicht gut verwerten lässt. Dass nicht jede Information auf legalem Weg in die Hände großer amerikanischer Internetkonzerne und US-Behörden gelangt, sorgt hierzulande zwar hin und wieder für einen Aufschrei, der verhallt aber meist schnell und kann diverse Plattformen keineswegs in die Schranken weisen.

Sustala nennt den Investorenschutz als weiteres zentrales Anliegen der Amerikaner. Wie auch Reimon besorgt in seinem Artikel zum Ausdruck brachte, wird dabei fern der Öffentlichkeit verhandelt. Die EU-Bürger sind wenige Tage vor der Wahl zum Europaparlament über die Vorgänge in diesem Zusammenhang nicht informiert. Es kann daher nur gemutmaßt werden, wie entschlossen die EU-Vertreter dabei vorgehen, Europas rechtsstaatliche Mechanismen zu bewahren. Öffentlich bekennen sich europäische Politiker gerne zu geltenden EU-Richtlinien, mit Verhandlungsdetails hält man sich aber bedeckt und so ist es für die Bürger derzeit nicht nachvollziehbar, ob richtig und mit genügend Nachdruck verhandelt wird.

Der öffentliche Aufruhr konzentriert sich deshalb vor allem auf die US-Interessen im Bereich der Landwirtschaft. Sustala schildert am Beispiel Hormonfleisch, wie sich Europa seiner wertgeschätzten Lebensmittelstandards entledigen könnte. Tatsächlich könnten an diesem Thema letztlich alle Pläne scheitern, falls keine Seite wesentlich einlenkt. In der Lebensmitteldebatte sitzen Umwelt- und Konsumentenschutzorganisationen den EU-Verhandlern bereits im Nacken, Hormonfleisch ist nur eines von vielen US-Erzeugnissen, die kaum ein EU-Bürger importiert bekommen möchte.

Bei all den beidseitigen Forderungen seien für die Konsumenten durch weiteren Zollabbau kaum Preissenkungen zu erwarten, erklärt Sustala. Der mündige EU-Bürger wird darauf hoffen, dass die bedeutsame Debatte bald öffentlich geführt wird. Es sollte die tägliche Aufgabe von Politikern sein, Entscheidungen im Sinne der Bürger zu treffen. Das ist aber nur möglich, wenn man ihre Meinung kennt. Hinter verschlossenen Türen verbindliche Verträge zu unterzeichnen und sich die Reaktionen erst im Nachhinein anzusehen, ist eine gefährliche Vorgehensweise.

674 Wörter



ChrisTEXT

DIE STORY IN SZENE GESETZT